

Brief soll Einflussnahme entgegenwirken

FREILEITUNGEN Interessengemeinschaft Vorsicht-Hochspannung schreibt gleich mehreren Ministern

Hintergrund ist das geplante Infrastrukturbeschleunigungsgesetz. Die IG befürchtet eine zu große Einflussnahme der Netzbetreiber.

VON MARÉN BETTMANN

COLNRADE – Post von der Interessengemeinschaft (IG) Vorsicht-Hochspannung bekommen in diesen Tagen die Minister des Bundes, der Europäischen Union und der Länder (Umweltressort). Hintergrund ist das geplante Infrastrukturbeschleunigungsgesetz (die **NWZ** berichtete mehr-

fach). Bekanntlich setzt sich die IG, der derzeit rund 3200 Mitglieder angehören, besonders dafür ein, die von der Eon Netz GmbH geplante, 60 Kilometer lange 380 kV-Freileitungstrasse zwischen Ganderkesee und St. Hülfe zu verhindern und die nötigen Leitungen unter die Erde zu legen.

„Wir wollen mit dem Brief vor allem die Minister des Bundes über das Thema Verlegung von Hochspannungsleitungen informieren, um damit der Einflussnahme der Netzbetreiber auf die Gesetzgebung entgegen zu wirken“, so IG-Vertreter Kai-Uwe Pfänder aus Colnrade. Diese Einflussnahme gehe sogar so-

weit, Erdverlegung im Infrastrukturbeschleunigungsgesetz zu verbieten und Freileitungen festzuschreiben.

„Wir wollen, dass umweltfreundlich erzeugte Energie

*IG richtet
Appell an
Politiker*

auch umweltfreundlich transportiert wird“, heißt es in dem Schreiben. Freileitungstrassen hätten immense Nachteile für Umwelt und Menschen (u.a. Gefahr bei extremen Witterungsverhältnissen, gefährliche magnetische

Felder, Zerschneidung der Landschaft, höhere Durchleitungsverluste).

Der für das neue Gesetz angedachte maximale Anteil von 10 Prozent für Erdleitungen hält die IG für verfassungswidrig. Stattdessen biete das neue Gesetz die einmalige Chance, das Produkt „Erdverlegung“ gesetzlich festzuschreiben, zumal die gasisolierten (GIL) Kabel der Firma Siemens diese Alternative ermögliche. So schirmten die GIL-Kabel zum Beispiel das gefährliche magnetische Feld auf ein Minimum ab, informiert die Interessengemeinschaft. „Die anfangs von Eon behaupteten Mehrkosten für

Erdverlegung um den Faktor 15 wurden in der Vergleichsstudie ‚For Wind‘ auf den Faktor 1,6 bis 5,4 reduziert“, schreibt die IG. Hierbei wurden aber nur die betriebswirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt.“ Unberücksichtigt seien leider die volkswirtschaftlichen Aspekte geblieben.

Der abschließende Appell an die Politiker: „Helfen Sie mit, bei der gesetzgeberischen Planung des Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes ein sinnvolles und nicht sinnloses Gesetz zu schaffen.“

@ Der gesamte Brief unter www.vorsicht-hochspannung.com